Nr. 150 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 12. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 18 5 28, 13 6 36, 13 5 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.—. Für Stellen- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sonderpreislag. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Ausgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,86, „ „ 5,56. Postbezug im Ausland: N. Eintragung in die Postlisten. Nach d. Auslande im Kreuzb. wöchentl. M. 1,10. Einz. Nummer 10 Pf.

Die Politik Clemenceaus

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten W.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 10. Juni

In der französischen Propaganda tritt ein neues Moment zutage. Bisher wurde die innere Lage in England und den Vereinigten Staaten einer besonderen Betrachtung nicht unterzogen. Heute erscheint im „Homme libre" eine Mitteilung, die auf beunruhigende Arbeiterbewegungen in England und Amerika hinweist. Aus dieser Information zieht das Blatt den Schluß, daß die Arbeiterbewegung in diesen Ländern stark fortschreitet und besondere Aufmerksamkeit erfordert. So merkwürdig diese Stimmungsmache der französischen Presse auch aussehen mag, es liegt doch eine ganz bestimmte Absicht in der Hervorhebung sozialistischer Unruhen in Amerika und in der Uebertreibung dieser Geschehnisse. Man sucht Wilson zu raschen Entschlüssen zu bringen, unterstreicht die Vorgänge in der englischen und amerikanischen Arbeiterwelt und spricht die Befürchtung aus, daß das ganze Versailler Friedenswerk in die Luft fliegen könnte, wenn nicht schnellstens ein wirksamer Schritt getan würde, um die Deutschen zur Unterzeichnung zu zwingen, so sie es nicht freiwillig tun.

An dies glauben jedoch die französischen Regierungskreise nicht, sie rechnen aber mit dem Zusammenbruch der Berliner Regierung und mit einer daraus folgenden Auferlegung noch schwererer Bedingungen, nämlich der ungeänderten Bedingungen. Wilson soll zu schnellen Entschlüssen getrieben werden, auf Kosten einer gründlichen Abänderung des Entwurfes. Lloyd George soll infolgedessen mit seinem weitgehenden Verständigungsplane durchfallen. Das ist der Zweck, den die clemenceistische Presse im Einverständnis mit der Regierung verfolgt, wenn sie täglich die düstersten Schilderungen der amerikanischen Arbeiterbewegung veröffentlicht.

Clemenceau läßt alle Minen springen, um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern. Er droht durch seine Presse mit dem Ausscheiden Frankreichs aus der Völkerliga, wenn die Deutschen aufgenommen würden. Nach verschiedenen Blättern gibt man im nationalistischen Frankreich einem Abbruch der Friedensverhandlungen mit Deutschland den Vorzug. Bloß nach einer Methode wird gesucht, um den Schein zu erwecken, daß Deutschland an dem Abbruch schuld sei, damit die militärischen Maßnahmen restlos durchgeführt werden können. Die Zersplitterung der deutschen Einheit soll nach Auslassung französischer Politiker für Frankreich von größerem Werte sein, als eine Menge wirtschaftlicher Bestimmungen, deren Realisierung immerhin schwierig, wenn nicht unmöglich erscheint. Man sucht die öffentliche Meinung auf das Scheitern der Friedensverhandlungen vorzubereiten, verspricht als Entschädigung, daß nach dem Einmarsche in Deutschland in kurzer Zeit das heutige Staatsgebilde zerbrechen und Preußen aufgerieben sein werde.

Es kann die Vermutung ausgesprochen werden, daß die clemenceistische Clique auf Nichtunterzeichnung hinarbeitet. Die Anschläge Clemenceaus werden von der Northcliffe-Presse unterstützt. Bonar Law kam nach Paris, um Lloyd George zum Entgegenkommen an Frankreich zu bestimmen, was ihm auch zum erheblichen Teil gelungen ist. Die Leitung der militärischen Maßnahmen wird in Fochs Händen liegen, nachdem hierüber feste Abmachungen getroffen worden sind. Die allernächsten Tage werden zeigen, ob Clemenceaus Verzweiflungsplan zur Ausführung gelangen wird. Die Hetze seiner Presse beweist jedenfalls, mit welcher Hartnäckigkeit Frankreich seinem Ziele, Vergewaltigung Deutschlands, zustrebt.

•

Deutsche Völkerbundpolitik

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten W.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 10. Juni.

Wie aus meinen gestrigen Mitteilungen über unsre Stellungnahme zur Völkerbundfrage hervorging, legt man in deutschen Delegationskreisen hohen Wert darauf, bei der künftigen Ausgestaltung der Organisation des Völkerbundes mitwirken zu können. Prof. Schücking äußerte sich in dem Sinne, daß es für Deutschland von großer Wichtigkeit wäre, bereits beim ersten Zusammentreten der Völkerbundsdelegierten im kommenden Oktober mitsprechen zu dürfen, denn es würde sich darum handeln, die noch ungeklärten Punkte, nämlich die internationale Verkehrsfreiheit, verbunden mit der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und Berücksichtigung der nationalen Minderheiten, zu ordnen.

Da in der Antwortnote Clemenceaus auf das übergebene deutsche Völkerbund-Projekt ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen ihrer endgültigen Festlegung noch harren, so wäre es in vieler Hinsicht wünschenswert, wenn Deutschland innerhalb des Völkerbundes seine Vorschläge machen könnte. Dieser Wunsch scheint auch von englischer und amerikanischer Seite geteilt zu werden, aber nicht von Clemenceau, der als Vertreter industrieller Fachgruppen Deutschlands Wirtschaft vorderhand noch niederhalten will. Die Frage nationaler Minderheiten würde von Deutschland im Geiste des natürlichen angeborenen Rechtes behandelt und der Rechtsschutz nationaler Minderheiten durch den Völkerbund beantragt werden. Ein Statut für die Rechte der nationalen Minderheiten ist von uns ausgearbeitet worden, und zwar unter Zugrundelegung eines vom österreichischen Ministerpräsidenten Renner stammenden Vorschlages.

•

Eine weitere Verzögerung

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten W.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 10. Juni.

Nach Pariser Abendmeldungen fanden im Laufe des heutigen Tages zwei Sitzungen der neugebildeten Völkerbund-Kommission statt, um über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund schlüssig zu werden. Spät nachmittags erhielt der Viererrat die Nachricht, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Aus dem Kommissionsbericht soll der entschiedene Widerstand Frankreichs gegen die Aufnahme Deutschlands hervorgehen. Der weitestgehende französische Vorschlag lautete: Zwei Jahre Wartefrist und Eintritt Deutschlands in die Völkerliga mit der gleichzeitigen Bezahlung von 25 Milliarden Franken.

Der Viererrat wird infolge des Scheiterns der Kommissionsverhandlungen genötigt, den Gegenstand in einer Reihe neu anzusetzender geheimer Konferenzen zu behandeln. Die Aussicht auf baldige Ueberreichung der Antwortnote schwindet infolgedessen. Man bezweifelt, daß Ende der Woche das Dokument fertiggestellt sein wird. In der oberschlesischen Frage wird von Tardieu eine unnachgiebige Politik betrieben. Kennzeichnend für die Auffassung ist aber der Börsenbericht des „Temps", der besagt, daß Pariser Finanzkreise die Unterzeichnung des Friedens in unbestimmte Ferne gerückt sehen und darüber um so mehr enttäuscht seien, als die englische und amerikanische Handelswelt bereits ihre Transaktionen aufgenommen hätte. Man erinnert daran, daß die rechtzeitige Aufnahme mündlicher Verhandlungen wesentliche Fortschritte gezeitigt hätte.

•

Glatte Annahme durch Deutschland?

Zürich, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Secolo" meldet aus Paris: Man rechnet mit einer glatten Annahme der bevorstehenden Note der Alliierten durch Deutschland. In Besançon werden bereits die ersten Eisenbahnzüge für den Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen zusammengestellt.

•

Milderung der Schadenersatzforderungen

Rotterdam, 11 Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Daily News" melden aus Paris: Zuverlässigem Vernehmen nach sind die Schadenersatzforderungen an Deutschland beträchtlich ermäßigt worden, ohne daß die deutschen Vorschläge als genügend angesehen werden konnten. Wenn auch über die territorialen Fragen die Einigung bis Mittwoch zustande kommt, so kann der 20. Juni als Endtermin der Friedensverhandlungen eingehalten werden. Die „Times" melden: Der endgültige Friedensvertrag wird Deutschlands Gegenforderungen nicht entsprechen, er muß aber für Deutschland annehmbar sein.

•

Foch der Exekutor

Rotterdam, 11 Juni. (Eig. Drahtbericht.) Eine Reuter-Depesche meldet, daß dem Marschall Foch die militärischen Vollmachten für den 21. Juni übertragen worden sind.

•

Eine Verwahrung Wilsons

* Rotterdam, 10. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News" meldet seinem Blatte: „Ich habe bemerkt, daß einige Londoner Tageszeitungen besonderen Nachdruck auf die Behauptung des „Matin" legen, daß Wilson die Friedensbedingungen als mit seinen 14 Punkten völlig übereinstimmend betrachte. Diese Behauptung ist so unrichtig wie nur möglich und sie hat eine besondere Bedeutung, da sie gerade zu dem kritischen Augenblick der Abänderung des Friedensvertrages die Runde macht. Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß Wilson die ihm in den Mund gelegten Worte oder auch nur ähnlich niemals weder öffentlich noch privat ausgesprochen hat."

•

Prinz Max zum Frieden

* Berlin, 11. Juni. Prinz Max von Baden beschäftigt sich im „Berliner Tageblatt" mit der Verletzung der Wilsonschen Punkte in einem längeren Artikel, in dem er die einzelnen Punkte kritisch beleuchtet und zu folgendem Schluß gelangt: Kein ernsthafter Versuch wird mehr gemacht, um zu behaupten, daß der Vertrag der 14 Punkte gehalten worden sei. Die Gegner Präsident Wilsons in den Ententeländern, die ihn jahrelang verhöhnt haben, die Vertreter des Pöbels, die Wortführer der Interessengruppen, die von jeher Deutschlands Handel zertrümmern wollten, und die erklärten Anhänger strategischer Grenzen, sie alle rühmen sich heute ohne Scheu ihres Triumphes über Wilson und sprechen von der überwältigenden Niederlage der 14 Punkte. Deutschland kämpft heute für mehr als sein Recht. Wenn wir weiterhin unsre Sache ehrlich führen und auch nicht den leisesten Versuch machen, zu unsern Gunsten etwas von der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos verurteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird. Er brächte keinen Frieden, sondern nur dauernden Kriegszustand.

Der Streik bei den Verbündeten

In den Ländern der Entente dauert die Streikunruhe unvermindert an; es ist sogar aus einzelnen Meldungen zu entnehmen, daß die Bewegung noch im Anschwellen begriffen ist, allein da die Zeitungen der in Frage kommenden Länder einer starken Zensur unterliegen, ist es unmöglich, ein klares Bild über die Lage zu erhalten, vor allem ist es unmöglich, auseinander zu halten, inwieweit es sich um politische oder um reine Lohnbewegungen handelt. Am schärfsten sind die Gegensätze zwischen Arbeiterkreisen, Unternehmern und Regierung zur Zeit in Frankreich. Darüber liegen heute folgende Nachrichten vor:

Wie das „Berner Tagblatt" aus Paris meldet, nimmt die Erregung der französischen Arbeiterschaft mit jedem Tage zu. Sämtliche großen Gewerkschaften, auch die der Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération générale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmenden Meldungen dürfte der Generalstreik der französischen Arbeiterschaft am 23. Juni erklärt werden.

Die Streiklage ist unverändert. Das „Journal du Peuple" schreibt, die Regierung irre sich, wenn sie meine, durch die Militarisierung den Untergrundbahnkonflikt lösen zu können, da die Angestellten ihrem aufgestellten Programm gemäß handeln würden. Die Regierung möge die Linien requirieren, wenn es ihr gefalle. Das beste Mittel aber, um allem ein Ende zu setzen, wäre, den Streikenden Genugtuung zu geben. — Die Regierung hat auch schon nach einer Wolff-Meldung, die Gefahr einer Ueberspannung des Bogens erkannt, und hat zunächst nachgegeben in der Frage der Requirierung der Pariser Untergrundbahn, von der sie endgültig Abstand genommen hat. Zur Erkenntnis der großen Gefahr, vor der das französische Volk steht, wurde die Regierung gebracht durch die jetzt schon, nach wenigen Tagen, bemerkbaren Folgen des Streiks. „Liberté" meldet nämlich, daß sich die Kohlenvorräte in Paris infolge des Streiks in Nordfrankreich so vermindert haben, daß mit starken Einschränkungen des Elektrizitäts- und Gasverbrauchs in Paris zu rechnen ist.

Bevor es hierzu kommt, wird die Regierung, die es sicherlich nicht gerne mit der Pariser Bevölkerung verdirbt, versuchen, durch Eingehen auf die

Ziele der französischen Arbeiterschaft

das Regierungsschiff wieder flott zu machen. Hierbei dürfte sie jedoch auf ernste Schwierigkeiten stoßen, denn die von der Streikunruhe erfaßten Arbeiter begnügen sich nicht mit einem Lohnprogramm, sondern halten vor allem an den schon vor einiger Zeit aufgestellten politischen Forderungen fest, wie folgende Meldungen zeigen: Nach dem „Bern. Tagbl." hat die Confédération générale du Travail in ganz Frankreich eine Kundgebung anschlagen lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, sofortige Demobilisierung des Heeres, Amnestie für alle politischen Verurteilten, einschließlich der wegen Meuterei bestraften Soldaten und Matrosen, sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland, Ungarn usw. verlangt werden. Sämtliche Gewerkschaften, auch die Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération générale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meldung dürfte der Generalstreik am 23. Juni erklärt werden. — Die Führer verschiedener Arbeiterverbände erklären in der „Humanité", die Maßnahmen und Drohungen der Regierung würden die Arbeiterschaft nicht einschüchtern. Die streikenden Verbände seien gewillt, ihre Forderungen durchzusetzen. — Nicht weniger heftig scheint die

Streikbewegung in Italien

zu sein, über die ein Telegramm aus Lugano schreibt: Die Streikbewegung in ganz Italien ist im Zunehmen begriffen. In Neapel herrscht seit zwei Tagen ein Massenausstand sämtlicher Arbeiter zur Unterstützung der Forderungen der Metallarbeiter. Auch in Rom streiken die Metallarbeiter, Straßenbahner und Kellner. 10 000 römische Privatbeamte beschlossen ebenfalls, in den Ausstand zu treten. Auch die Volksschullehrer in ganz Italien drohen damit. Ueber die italienische Kohlennot bringt „Corriere della Sera" einen bemerkenswerten Aufsatz aus der Feder Barzinis, aus dem hervorgeht, daß die italienische Industrie nur noch für einige Wochen Kohlen besitzt und infolge der französischen Ausstände Gefahr läuft, ihre Tätigkeit vollkommen einstellen zu müssen.

Daß auch hier nicht rein wirtschaftliche Beweggründe die Ursachen der Bewegung sind, verrät folgendes Wolff-Telegramm: Der in Genua von Seeleuten mit Gewalt an der Ausfahrt verhinderte Dampfer „Fedora", der Munition nach Rußland zur Bekämpfung der Bolschewisten befördern sollte, ist auf Anordnung des Transportministers nach Gibraltar zur Löschung der Ladung dirigiert worden. Dem Verbande der Seeleute ist von der Regierung ausdrücklich versprochen worden, daß das Schiff nicht mehr zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Rußland verwendet werden soll.

Es ist natürlich, daß man in Deutschland die Arbeiterbewegung bei den Verbündeten mit außerordentlichem Interesse verfolgt. Es wäre aber falsch, daran besondere Hoffnungen zu knüpfen, denn bis jetzt hat die Erfahrung gelehrt, daß die Macht der Arbeiter in Frankreich und Italien nicht entfernt der Macht der deutschen Arbeiterschaft gleichkommt. Wir werden daher gutun, um uns vor Enttäuschungen zu bewahren, uns nur auf unsre Unterhändler und unser Recht zu verlassen.

•

Kundgebungen in Frankreich

Zürich, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Pariser Meldung vom Pfingstmontag haben in Marseille und in Lyon an den Pfingsttagen große Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden, für deren Niederhaltung Kolonialtruppen aufgeboten worden sind.

(Weiteres siehe Seite 2 und 3)

Das neue Programm der Sozialdemokratie

Wir waren bisher gewöhnt, den Sozialismus, der auf dem Standpunkt des Marxschen „historischen Materialismus" („materialistische Geschichtsauffassung") steht, als eine rein ökonomische Bewegung und die Sozialdemokratie als eine rein wirtschaftlich-politische Organisation der Arbeiterschaft zu betrachten. In einer Auseinandersetzung über „Die neue Sozialdemokratie und das neue Programm" in den „Sozialistischen Monatsheften" von Alfred Moeglich bestätigt der Verfasser diese Ansicht als zutreffend und nennt diese einseitige Entwicklung des Sozialismus sein Verhängnis. Er gibt die Erklärung, daß die sozialdemokratische Partei es zu dieser Entwicklung dadurch habe kommen lassen, daß sie aus der Gedankenwelt von Marx-Engels nur ihre ökonomische Seite gepflegt habe, während ihr eigentlicher, ihr tieferer Kern, seine philosophischen Grundlagen, zur Verkümmerung gekommen sei. So sei der große Bau des Sozialismus ein unfertiges Gebilde geblieben. „Der Marxismus, diese lebendurchglühte, kräftig pulsierende Weltanschauung, steht heute vor uns als ein ungeheurer Palast der Menschheit, an dem die sauber zugehauenen und festgefügten Grundmauern, die kühn aufragenden Seiten- und Stützwände, das breite Portal mit seinen kostbaren Phantasieornamenten erstaunlich und bewundernswert erscheinen. Aber diesem Bau fehlt eine ganze Reihe von Innenwänden und vor allem das erdrückende und schützende Dach, das allen Stürmen der Zeit standzuhalten vermag. Solange diese fehlenden Teile nicht ergänzt sind, wird die neue Sozialdemokratie (neu, weil zu den alten vier Millionen weitere neun Millionen hinzugekommen sind), wie sie heute vor unsern Augen aufwächst und der es an Stürmen nicht mangeln wird, ein Ding der Beschränktheit und Unvollkommenheit bleiben." Die Partei stehe, nachdem die Ereignisse seit dem 9. November das Erfurter Programm von 1891 fast ganz aufgelöst haben, vor der Aufgabe, ein neues Programm zu bilden. Schon das Erfurter Programm sei von vielen kritischen Köpfen in der Partei immer nur als eine „behelfsmäßige Einrichtung" angesehen worden. Es sei mit Schuld daran, daß sich die Sozialdemokratie so einseitig zu einer rein ökonomischen Kampfpartei entwickelt habe. Darum gelte es heute, bei dem Aufbau des notwendigen neuen Programms, „weit über Erfurt hinauszugehen und zu den ökonomischen Werksteinen eine ganze Reihe geistiger heranzurollen. Daß damit die deutsche Sozialdemokratie vor eine der schwierigsten Aufgaben gestellt wird, ist so selbstverständlich, daß niemand ihre Lösung bereits vom nächsten Parteitag erwarten wird".

Moeglich bezeichnet den Sozialismus als ein „eminent philosophisches Gebilde". Trotzdem habe es bis heute an einem klaren „philosophischen System des Sozialismus" gefehlt. Marx hatte die Absicht, sein ökonomisches Lebenswerk durch eine systematische Darstellung seiner philosophischen Ideen zu ergänzen; sein vorzeitiger Tod hat ihn daran gehindert. Weil aber die philosophische Vertiefung des Sozialismus für diesen eine Lebensfrage ist, ruft der Verfasser alles, was sozialistische Denkarbeit zu leisten vermag, auf, die philosophischen Bausteine zu diesem Werke herbeizuschaffen, und betont vor allem zwei Ideenkomplexe: die Umgestaltung unsrer rechtsphilosophischen Begriffe mit dem Ziel, unser Rechtsleben von den volksfremden römischen Rechtsbegriffen zu befreien, und die Popularisierung der philosophischen Grundlagen des Sozialismus, um das Volksganze, besonders wohl die intellektuellen Kreise, für die Sache des Sozialismus zu gewinnen. Zu diesem Zwecke verlangt er ein Ministerium der Volksaufklärung: „Mag die Bildungsarbeit an dem Geschlecht der Heranwachsenden im wesentlichen Landessache bleiben — die geistige Erziehung der Erwachsenen ist eine ebenso dringliche wie hervorragende Reichssache."

Nur durch eine feste philosophische Neufundamentierung, durch die ausreichende Betonung des geistigen Gehalts im Sozialismus werde das neue Programm der Sozialdemokratie seinen vollen Wert bekommen. Das werde auch zur Einigung der gespaltenen Teile führen. „Es kann, wie es nur einen Sozialismus gibt, auch nur ein sozialistisches Programm geben ... Den geistigen Gehalt des Marxismus in die Form des neuen Parteiprogramms gebracht: das ist die Einigung."

So scheinen in der sozialdemokratischen Partei größere Dinge im Werden zu sein, die über ihr zukünftiges Schicksal mit entscheiden dürften. Die bürgerlichen Parteien werden dieser Entwicklung die größte Aufmerksamkeit schenken müssen und nicht versäumen dürfen, ihre eigenen Programme mit einem zeitgemäßen Inhalt zu füllen. Denn es ist gewiß nicht zu leugnen, daß sie noch so manches mit sich herumschleppen, was nicht unsrer so ganz neu gewordenen Zeit entspricht. Nur so wird das politische Geriebe, das vielfach die abstoßendsten Formen angenommen hat, für die Intelligenz, für Charakterköpfe, Willensmenschen, ethische Denker und warmherzige Idealisten wieder anziehend gemacht werden. Es ist eine kluge, taktische Berechnung, wenn die Sozialdemokratie von einer geistigen Vertiefung ihrer Theorien einen größeren Zustrom aus den Reihen des gebildeten Bürgertums erwartet. In der Politik der Zukunft wird der endliche Sieg immer nur ein Sieg des Geistes sein können. Darüber dürfte man sich wohl allgemein klar geworden sein. Denn durch die Revolution und ihre weiteren Folgen ist der mechanische Machtcharakter der alten politischen Betriebsweise wohl für immer zerbrochen worden, niemand wird wünschen, daß an seine Stelle nun wieder eine Machtdiktatur von unten herauf tritt. Darum ist ein Antrag der zukünftigen Kämpfe auf mehr geistigem Gebiet nicht zuletzt ein dringender Wunsch gerade des Bürgertums, das sich den Forderungen der neuen Zeit durchaus nicht engherzig verschließen möchte.

W. R.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190612/1